Memorandum zur Lehrerinnen- und Lehrerbildung

Die Reform der Lehrerinnen- und Lehrerbildung (LLB) des Kantons Bern befindet sich in einer kritischen Phase. Die ursprünglichen Ziele verblassen, Partikularinteressen gewinnen Oberhand, statt in konstruktive Aufbauarbeit wird immer mehr in die erbitterte Verteidigung von Privilegien investiert. Der Kanton Bern läuft Gefahr, die Chance zur dringlich gebotenen Erneuerung der LLB, die er sich in den letzten Jahren unter grosser Anstrengung erarbeitet hat, unbedacht zu verspielen. Die Unterzeichnenden dieses Memorandums erfüllen die jüngsten Entwicklungen in der LLB mit Besorgnis, und sie befürchten eine gravierende Schädigung des Bernischen Bildungswesens, wenn die Reform der LLB nicht bald wieder auf eine klare Vision verpflichtet werden kann.

Verantwortlich für die desolate Situation ist nicht zuletzt die offene *Strukturfrage*, wie dies in der von der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Grossen Rats eingeholten 'Aussenbetrachtung' dargelegt wird.[1] Zwar ist mit der Überweisung der Motion Santschi durch den Grossen Rat des Kantons Bern am 24. Januar 2002 die Klärung der Strukturfrage in eine neue Phase getreten. Ausgeschlossen wird die Weiterentwicklung der Variante "Angliederung" der Lehrerinnen- und Lehrerbildung (LLB) an die Universität. Ausgeschlossen wird auch die Variante Vollintegration in die Universität, obwohl die GPK in ihrer eigenen Motion (datiert vom 2. April 2001) nochmals alle drei Strukturvarianten zur Diskussion stellen wollte. Verlangt wird stattdessen, es sei die verbleibende Variante, nämlich eine "eigene pädagogische Hochschule für die Lehrerinnen- und Lehrerbildung der Volksschulstufe" umzusetzen. Die Ausbildung für die Gymnasiallehrkräfte sei demgegenüber, "um einen strukturellen Rückschritt ... zu vermeiden", an der Universität zu belassen.

Die Unterzeichnenden dieses Memorandums anerkennen die Verbindlichkeit einer politischen Motion, sehen jedoch in der Umsetzung der Motion Santschi einen Spielraum, der im Interesse der Qualitätssicherung des Bernischen Bildungswesens dringend genutzt werden sollte.

Erstaunlicherweise spielt bei der Begründung der Motion Santschi das Argument der *Dezentralisierung* der LLB eine grosse Rolle. Wie die Entwicklung der Anmeldezahlen bei den neuen LLB-Instituten jedoch zeigt, bildet die dezentrale Ansiedlung einer *tertiären* Bildungsinstitution keine überzeugende Strategie zur Reform der LLB.[2] Auch aus ökonomischen Gründen ist davon auszugehen, dass die Tertiarisierung der LLB im Kanton Bern einen *zentralen* Standort erzwingt. Unter diesen Umständen verliert das Argument der Dezentralisierung, das der Motion Santschi zugrunde liegt, wesentlich an Bedeutung. Es ist

---

[1] Lucien Criblez & Kurt Reusser: Gesamtkonzeption Lehrerinnen- und Lehrerbildung im Kanton Bern. Eine Aussenbetrachtung im Auftrag der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates des Kantons Bern. Zürich 2001.

[2] Aufgrund der tiefen Anmeldezahlen im Jahr 2001 konnte der Standort Langenthal nicht eröffnet und muss der Standort Biel per Ende August 2002 wieder geschlossen werden. Mit der Änderung der LLBV vom 16. Januar 2002 (RRB) werden nur mehr Bern und Spiez als Standorte der deutschsprachigen Berner LLB genannt (Art. 202). Die tiefen Anmeldezahlen im Jahr 2001 und die tiefen Voranmeldezahlen im Jahr 2002 für Spiez (bei relativ hohen Voranmeldungen an den beiden Berner Standorten Marzili und NMS) zeigen, dass sich mittelfristig auch der Standort Spiez nicht wird halten lassen. Die Zentralisierung *aller* tertiären Bildungseinrichtungen wird auch vom Wirtschaftsrat empfohlen, der vom Regierungsrat des Kantons Bern eingesetzt wurde und diesem im Juli 2001 einen ersten Bericht vorlegte.

daher gründlich zu prüfen, ob für die Schaffung einer Pädagogischen Fachhochschule[3] (PH) die Zusammenlegung der Ausbildungen für den Kindergarten, die Primarschule *und die Sekundarstufe 1* wie von der Motion Santschi verlangt noch Sinn macht oder ob – angesichts der mittelfristig unausweichlichen *Zentralisierung* der LLB am Standort Bern – nicht eine andere Zuordnung der Ausbildungsstufen sinnvoller wäre.

Im folgenden wird dafür plädiert, die Trennlinie zwischen Primarstufe und Sekundarstufe 1 zu ziehen und die Ausbildung nicht nur der Gymnasial-, sondern auch der Sekundarlehrkräfte an der Universität zu belassen. Nicht nur für die Gymnasiallehrkräfte, auch für die Sekundarlehrkräfte ist alles zu tun, "um einen strukturellen Rückschritt ... zu vermeiden" (Santschi). Dabei gehen die Unterzeichnenden davon aus, dass die Strukturfrage rasch zu klären ist, damit die befürchteten negativen Entwicklungen unterbunden werden können.

Wovon ist auszugehen?

Für die konkrete Gestaltung der Bernischen LLB ist eine Lösung zu suchen, die den Schulen des Kantons Bern bei optimaler Nutzung der verfügbaren Ressourcen und vorhandenen Strukturen eine hohe Qualität garantiert. Die LLB darf nicht als Selbstzweck betrachtet werden, sondern ist im Rahmen einer *ganzheitlichen Sicht* auf das Bernische Bildungswesen in dieses einzupassen.

Die wichtigsten Elemente einer solchen ganzheitlichen Betrachtungsweise des Bernischen Bildungswesens sind die folgenden:

1. Die LLB erfolgt im Auftrag der Öffentlichkeit und im Interesse der Erhaltung und Verbesserung der Qualität der öffentlichen und privaten Bildungsinstitutionen.

2. Der relative Verlust an Sozialprestige, den die Lehrberufe in jüngster Zeit erlitten haben, wird durch geeignete Massnahmen kompensiert. Dazu gehört die Tertiarisierung der Ausbildung der Lehrkräfte aller Stufen.

3. Die Grundausbildung der Lehrerinnen und Lehrer wird schlank gehalten und auf die Vermittlung von allgemeinen Berufskompetenzen beschränkt. Im Rahmen der Grundausbildung wird weder zum "Allrounder" noch zur Expertenlehrkraft ausgebildet. Dementsprechend kann der Einstieg in die LLB für Berufsleute attraktiv gestaltet werden.

4. Die LLB fördert die Professionalität der Lehrerinnen und Lehrer aller Stufen. Insofern Professionalität eine berufsbiografische Entwicklungsaufgabe darstellt, konzipiert die LLB die Phasen der Grundausbildung, Berufseinführung und Fortbildung als Einheit (vgl. LLBG Art.7 ff., Art. 37 und Art. 38 ff.).

5. Die LLB sorgt für Ausbildungsformen, die dem Lehrerberuf den Charakter des "Sackgassenberufs" nehmen. Es wird eine polyvalente Grundausbildung angeboten, die über Fort- und Weiterbildungen Karrierewege in einem sich zunehmend differenzierenden Bildungssystem erschliesst.

---

[3] Um Missverständnisse zu vermeiden, wird der Ausdruck "Pädagogische Fachhochschule" verwendet. Fachhochschulen verfügen weder über Promotions- noch Habilitationsrecht, während die "Thesen zur Entwicklung Pädagogischer Hochschulen" der EDK (Dossier 24, 1993) den Begriff "Pädagogische Hochschule" so gebrauchen, dass Promotions- und Habilitationsrecht darin eingeschlossen sind (These 2). Interessanterweise spricht die Motion Santschi von einer "pädagogischen Hochschule", die Motion der GPK von einer "pädagogischen Fachhochschule".

6. Den regionalen Besonderheiten des Kantons Bern wird durch ein flexibles, modulares Angebot an Zusatzausbildungen Rechnung getragen. Die Zusatzausbildungen können berufsbegleitend absolviert werden.

7. Der LLB wird eine institutionelle Form gegeben, die sie über den Kanton Bern hinaus attraktiv macht. Angesichts der zunehmenden Verknappung der öffentlichen Mittel ist kaum damit zu rechnen, dass sämtliche PHs, die zur Zeit im Aufbau begriffen sind, überleben werden. Der LLB des Kantons Bern werden Strukturen gegeben, die der Konkurrenz, die mittelfristig zwischen den verschiedenen kantonalen Anbietern von LLB ausbrechen wird, gewachsen sind.

8. Die Vorteile der bisherigen seminaristischen (Primarstufe) und universitären (Sekundarstufen I und II) LLB werden bewahrt. Insbesondere wird am Prinzip der Einphasigkeit der Grundausbildung festgehalten. Es ist zu vermeiden, dass wir deutsche Verhältnisse schaffen, bei denen die Fachstudien ("Theorie") ohne Kontakt zu den berufsfeldbezogenen Studien ("Praxis") sind.[4]

9. Die LLB nutzt die organisatorischen und didaktischen Möglichkeiten der neuen Informationstechnologien. Die heraufkommende Konkurrenz zwischen den LLB-Anbietern wird sich auch an der "Internetfront" entscheiden. Die LLB des Kantons Bern setzt auf die Vorteile der neuen Technologien, um

a) die angehenden Lehrkräfte mit den pädagogischen, didaktischen und methodischen Möglichkeiten der neuen Medien vertraut zu machen,

b) Teile der Ausbildung im Internet anzubieten (E-Learning ist für Studierende aus dezentralen Regionen des Kantons, aber auch für ausserkantonale Studierende attraktiv),

c) ein Kommunikationsnetz im Kanton Bern aufzubauen, das u.a. in der Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer genutzt werden kann und neue Formen der Fort- und Weiterbildung ermöglicht.

10. Der LLB werden Strukturen gegeben, die der finanziellen Situation des Kantons Bern angepasst sind. Es wird eine Lösung angestrebt, die die vorhandene Infrastruktur im tertiären Bildungsbereich optimal nutzt. Um Doppelspurigkeiten zu vermeiden[5], wird eine sinnvolle Einbindung der LLB in die Universität und in das Fachhochschulnetz des Kantons angestrebt.

---

[4] Die vom LLBG stipulierte berufsbiografische Perspektive mit den drei Phasen Grundausbildung, Berufseinführung und Fortbildung (vgl. Pt. 4) impliziert die Einphasigkeit der Grundausbildung. Vgl. auch Jürgen Oelkers: Die Rolle der Erziehungswissenschaft in der Lehrerbildung, in: Dagmar Hänsel & Ludwig Huber (eds.): Lehrerbildung neu denken und gestalten. Weinheim: Beltz 1996, 39-53; Jürgen Oelkers: Überlegungen zum Strukturwandel der Lehrerbildung, in: Manfred Bayer, Fritz Bohnsack, Barbara Koch-Priewe & Johannes Wildt (eds.): Lehrerin und Lehrer werden ohne Kompetenz? Professionalisierung durch eine andere Lehrerbildung. Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2000, p. 124-147.

[5] In seinem Bericht an den Regierungsrat des Kantons Bern fordert der Wirtschaftsrat (vgl. Fussnote 2) insbesondere die Behebung von Doppelspurigkeiten "im Bereich der Berufsbildung und der Lehrerinnen- und Lehrerbildung".

11. Der LLB wird eine weitgehende Autonomie gewährt. Es wird ihr eine effiziente Führungsstruktur gegeben. Das komplizierte, pseudodemokratische Gremium der jetzigen Kantonalen Konferenz der LLB wird aufgehoben.[6]

Die ganzheitliche Sicht auf die Bernische LLB, die durch diese 11 Positionen erschlossen wird, erlaubt es, das von der Motion Santschi postulierte Modell einer "eigenen pädagogischen Hochschule für die Lehrerinnen- und Lehrerbildung der Volksschulstufe" zu überprüfen. Wie bereits dargelegt, plädieren die Unterzeichnenden dieses Memorandums für die Schaffung einer PH für die Stufenausbildungen Kindergarten/untere Klassen der Primarstufe und obere Klassen der Primarstufe sowie für die Reintegration der Stufenausbildungen Sekundarstufe I und Gymnasium in die Universität. Zur Erläuterung dieser Position werden im folgenden zwei Probleme fokussiert: erstens die Rolle der *Universität* in der LLB und zweitens der Status der *Erziehungswissenschaften* bzw. des *Instituts für Pädagogik und Schulpädagogik* in der LLB.

Die Rolle der Universität

1) Eine Ausbildung an der Universität ist für jene Lehrerinnen und Lehrer sinnvoll, deren Berufsarbeit nicht nur wissenschafts*orientiert*, sondern wissenschafts*basiert* ist.[7] Das gilt insbesondere für die *Lehrkräfte der Sekundarstufe 1* und die *Gymnasiallehrkräfte*. Diese sind angehalten, ihren Unterricht an den Erkenntnissen und Methoden der wissenschaftlichen Disziplinen auszurichten, während im Kindergarten und auf der Primarstufe (1. bis 6. Klassen) dem Prinzip der Fachlichkeit eine geringe Bedeutung zukommt. Die Disziplinen, die die Fachausbildung der Lehrkräfte von Kindergarten und Primarstufe übernehmen könnten, müssten an der Universität Bern allererst geschaffen werden. Für die Ausbildung der Sekundar- und der Gymnasiallehrkräfte sind sie demgegenüber bereits vorhanden.

Die fachwissenschaftliche Ausbildung der Lehrkräfte der Sekundarstufe 1 und des Gymnasiums an einer PH anzubieten, würde nicht nur aus ökonomischen Gründen wenig Sinn machen, es wäre auch von der Qualität der fachwissenschaftlichen Studien her nicht empfehlenswert, diese an einem Ort anzusiedeln, wo die Einheit von Lehre und Forschung *nicht* gewährleistet ist. Tatsächlich dürfte sich an einer PH die Einheit von Lehre und Forschung kaum realisieren lassen.[8] Eher ist davon auszugehen, dass eine PH ihrem Forschungsauftrag durch Einrichtung einer eigenen *Forschungsabteilung* nachkommen wird.[9]

---

[6] Vgl. auch die von der GPK-Motion geforderten Massnahmen (insbes. Massnahmen 1 und 2).

[7] Zu dieser Unterscheidung vgl. Hermann Giesecke: Was heisst: wissenschaftliche Ausbildung für pädagogische Berufe? in: Neue Sammlung 40 (2000), p. 83-90 und Jörg Ramseger: Lehrerbildung heute: wissenschaftlich, wissenschaftsorientiert oder berufsspezifisch? in: Neue Sammlung 40 (2000), p. 91-97.

[8] Bei 21 Pflichtlektionen pro Dozent bzw. Dozentin ist nicht damit zu rechnen, dass noch Kapazitäten für Forschungstätigkeit bleiben.

[9] Wie dies von verschiedenen Berichten explizit empfohlen wird und an verschiedenen PHs bereits umgesetzt wird. Vgl. Schweizerische Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK): Forschung und Entwicklung in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Expertenbericht. Dossier 54A. Bern: EDK 1998; Regula Kyburz-Graber, Ernst Trachsler & Michael Zutavern: Wissenschaftliche Zentren an den künftigen Pädagogischen Hochschulen der Region EDK-Ost. Aufgaben, Vernetzungen, Umsetzung. Januar 2000. Einen guten Überblick über weitere einschlägige Dokumente

In einer Zeit des schnellen Veraltens der Wissensbestände sollte im Interesse der Qualitätssicherung der Bernischen Schulen alles getan werden, um die Lehrkräfte der Sekundarstufe 1 und des Gymnasiums dort auszubilden, wo neues Wissen produziert wird, nämlich an der Universität.

2) Wie die Situation in Deutschland zeigt, ist für die fachwissenschaftliche Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer die Form einer bloss *äusseren Kooperation* mit der Universität nicht empfehlenswert. Eine stattliche Zahl von Forschungs- und Kommissionsberichten beklagt einhellig den unbefriedigenden Zustand der LLB an universitären Hochschulen, die für die Lehrerstudierenden über keine Studienorganisation verfügen und deren Studiengänge keinen Berufsfeldbezug aufweisen. Beklagt werden die Beliebigkeit und Zersplitterung der Studieninhalte, deren fehlende Abstimmung sowie die "Mittelpunktlosigkeit" des Lehrerstudiums.[10]

Die universitäre Sekundar- und Gymnasiallehrerbildung braucht daher einen eigenen institutionellen Ort. Das können wie bisher zwei Institutionen (SLA und AHL) sein, besser aber wäre ein *gemeinsamer* Ort für beide Ausbildungen. Dieser gemeinsame Ort könnte ein eigenes Institut bzw. ein "Zentrum für Lehrerinnen- und Lehrerbildung" sein, möglich wäre aber auch eine Organisationsform, an der das Institut für Pädagogik und Schulpädagogik (IPSP) partizipieren würde, denken liessen sich die beiden Ausbildungen schliesslich auch als eigene Abteilungen des IPSP.

3) Da die Universität über ein eigenes Pädagogisches Institut (IPSP) verfügt, liegt es nahe, die erziehungswissenschaftlich-didaktische Ausbildung der Lehrkräfte der Sekundarstufe 1 und des Gymnasiums analog zu deren fachwissenschaftlicher Ausbildung an der Universität anzusiedeln. Das ist aus universitärer Sicht auch insofern sinnvoll, als der Aufbau von

---

und Empfehlungen zur Forschung im Bereich der LLB gibt: Jacques Weiss: Bildungsforschung in den Lehrerbildungsinstituten. Sommer 2000.

[10] Vgl. z.B. Manfred Bayer, Ursula Carle & Johannes Wildt (eds.): Brennpunkt: Lehrerbildung. Strukturwandel und Innovationen im europäischen Kontext. Opladen: Leske + Budrich 1997; Fritz Bohnsack: Probleme und Kritik der universitären Lehrerausbildung, in: Manfred Bayer, Fritz Bohnsack, Barbara Koch-Priewe & Johannes Wildt (eds.): Lehrerin und Lehrer werden ohne Kompetenz? Professionalisierung durch eine andere Lehrerbildung. Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2000, p. 52-123 (mit ausführlicher Bibliographie); Wolfgang Edelstein & Ulrich Herrmann: Potsdamer Modell der Lehrerbildung, in: Peter Dudek & H.-Elmar Tenorth (eds.): Transformationen der deutschen Bildungslandschaft. Lernprozess mit ungewissem Ausgang. Weinheim: Beltz 1993, p. 199-217; Lilian Fried: Zwischen Wissenschaftsorientierung und Orientierung an der Berufspraxis – Bilanz der Lehrerbildungsforschung, in: Empirische Pädagogik 1998 (12), p. 49-90; Dagmar Hänsel & Ludwig Huber (eds.): Lehrerbildung neu denken und gestalten. Weinheim: Beltz 1996; Peter Hübner (ed.): Lehrerbildung im vereinigten Deutschland. Frankfurt: Peter Lang 1994; Josef Keuffer & Jürgen Oelkers (eds.): Reform der Lehrerbildung in Hamburg. Abschlussbericht der von der Senatorin für Schule, Jugend und Berufsbildung und der Senatorin für Wissenschaft und Forschung eingesetzten Hamburger Kommission Lehrerbildung. Weinheim: Beltz 2001; Hans Peter Müller: Lehrerbildung in Deutschland. Alltag und Reformprojekte. Bern: Höhere Mittelschule Marzili 2000; Dieter Neumann & Jürgen Oelkers: Zurück zur alten Lehrerbildung? in: Hellmut Becker & Hartmut von Hentig (eds.): Der Lehrer und seine Bildung. Beiträge zur Überwindung einer Resignation. Frankfurt: Ullstein 1984, p. 49-62; Andreas von Prondczynsky: Universität und Lehrerbildung? in: Zeitschrift für Pädagogik 44 (1998), p. 61-82; Ewald Terhart: Lehrerbildung: Unangenehme Wahrheiten, in: Pädagogik 44 (1992), Heft 9, p. 32-35 (mit Auswahlliteratur); Ewald Terhart (ed.): Perspektiven der Lehrerbildung in Deutschland. Abschlussbericht der von der Kultusministerkonferenz eingesetzten Kommission. Weinheim: Beltz 2000.

Fachdidaktiken an den schweizerischen Universitäten unabdingbar ist (aktuelle Projekte bestehen an den Universitäten Zürich und Genf).[11] Der Aufbau von wissenschaftlichen Fachdidaktiken, ohne dass diese die Ergebnisse ihrer Forschung an Lehrerstudierende weitergeben können, wäre aber nicht nur ineffizient, sondern geradezu widersinnig.

Aufgrund der Überlegungen unter den Punkten 1) bis 3) sind die Grundausbildungen für die Sekundar- und die Gymnasiallehrkäfte *an der Universität zu belassen*. Was die Strukturen im einzelnen anbelangt, wäre eine Organisation zu überlegen, wie sie an der Universität Fribourg besteht[12], d.h. ein "Departement für Erziehungswissenschaften", dem neben den beiden Lehrämtern auch das Pädagogische Institut angehört.

Stellenwert der Erziehungswissenschaften und des IPSP

Vorbemerkung: Die Erziehungswissenschaften[13] (EW) werden in der LLB-Diskussion im allgemeinen von den Fachwissenschaften unterschieden. Ausbildungsanteile der LLB sind danach *erstens* Fachstudien bzw. fachwissenschaftliche Studien, *zweitens* erziehungswissenschaftliche (inkl. fachdidaktische) Studien und *drittens* berufspraktische Studien.[14] Zweierlei ist dabei festzuhalten: *Erstens* ist zwischen den erziehungswissenschaftlichen und den berufspraktischen Studien klar zu trennen. Die EW sind *nicht* für die berufspraktische Ausbildung zuständig, auch wenn sie dabei durchaus eine wichtige Rolle spielen. *Zweitens* stellen auch die EW *Fachwissenschaften* dar, insofern sie *universitäre Disziplinen* sind. Es wäre fatal, wenn die EW als Praxisanleitung missverstanden und in ihrem Charakter als *Wissenschaften der Bildung, der Erziehung und des Unterrichts* verkannt würden.

Will die Berner LLB interkantonal attraktiv und konkurrenzfähig sein, ist sie auf eine starke universitäre Pädagogik angewiesen. Die EW bilden das eigentliche Fundament einer professionellen LLB. Die Reform der Berner LLB wird daher kaum gelingen, wenn sie

---

[11] Die Dringlichkeit der Förderung wissenschaftlicher Fachdidaktiken wird von mehreren Berichten aufgezeigt, z.B. Schweizerische Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK): Aus- und Fortbildung der Fachdidaktiker. Konzept und Vorschläge. Dossier 15a. Bern: EDK 1990; Schweizerische Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK): Empfehlungen zur Fachdidaktik in der Schweiz. Bern: EDK 2001; Rita Hofstetter & Bernard Schneuwly: Les Sciences de l'éducation en Suisse. Evolution et prospectives. Bern: Zentrum für Wissenschafts- und Technologiestudien 2001.

[12] Generell legt sich die LLB im Kanton Fribourg am ehesten als Vergleichsgrösse für den Kanton Bern nahe, da dieser Kanton in struktureller, ökonomischer und sprachlicher Hinsicht weit mehr Gemeinsamkeiten mit dem Kanton Bern aufweist als z.B. der Kanton Zürich oder die Kantone der Innerschweiz.

[13] Die Terminologie ist uneinheitlich. Statt von EW (im Plural) ist auch von Erziehungswissenschaft (im Singular) oder von Bildungswissenschaft(en) die Rede. Auch der Begriff "wissenschaftliche Pädagogik" oder einfach "Pädagogik" meint oft dasselbe. Im engeren Sinn ist auch von Unterrichtswissenschaft die Rede. Im folgenden werden die Begriffe "Erziehungswissenschaften" und "universitäre Pädagogik" synonym gebraucht. Im einzelnen zählen zu den Erziehungswissenschaften die Allgemeine Pädagogik, die Pädagogische Psychologie, die Bildungssoziologie, die Allgemeine Didaktik und die Fachdidaktiken.

[14] Diese Dreiteilung findet sich praktisch in allen Formen einer institutionalisierten LLB, auch wenn die Systematik gelegentlich differenzierter ausfällt.

nicht mit einer *Stärkung der universitären Pädagogik* einhergeht. Diese Stärkung ist aus den folgenden Gründen unabdingbar:

1. Verschiedene Studien aus Deutschland zeigen, dass der *Umfang* der erziehungswissenschaftlichen Studien sowohl von den Lehrerstudierenden als auch von den Lehrerausbildnerinnen und -ausbildnern als zu gering beurteilt wird.[15] Zwar bestehen gelegentlich Zweifel an der Auswahl der erziehungswissenschaftlichen Inhalte, es gilt aber als unbestritten, dass angesichts der *Probleme* heutiger Schulen ("Aurazerfall" der Schule, Heterogenität der Schülerschaft, Multikulturalität, Disziplinprobleme, Gewalt u.a.), angesichts der wachsenden *Ansprüche* an heutige Schulen (neue Lehr- und Lernformen, Immersionsunterricht, Präventionsarbeit in verschiedenen Bereichen, Förderung von "Schlüsselkompetenzen", neue Beurteilungsformen, erhöhte Durchlässigkeit der Schultypen, Elternbeteiligung u.a.) und angesichts eines schwieriger werdenden *schulischen Umfelds* (Pluralisierung der Familienformen, beschleunigter gesellschaftlicher Wandel, Destandardisierung der "Normalbiografie", New Public Management u.a.) *mehr* erziehungswissenschaftliches und fachdidaktisches Wissen in die Ausbildung der Lehrkräfte einfliessen muss. Dieses Wissen kann nur beschränkt an einer PH generiert werden; vielmehr ist dafür eine Forschungsinfrastruktur erforderlich, wie sie in erster Linie an einem universitären Pädagogischen Institut vorhanden ist.

2. Eine Stärkung der universitären Pädagogik ist auch unabhängig von den Bedürfnissen der LLB aus Gründen der *Qualitätssicherung und -verbesserung des Bernischen Schulsystems* unabdingbar. Dies in zweierlei Hinsicht:

a) International vergleichende Studien wie IALS ("International Adult Literacy Survey"), TIMMS ("Third International Mathematics and Science Study") oder PISA-2000 ("Programme for International Student Assessment") zeigen, dass es um die Qualität von 'Output' und 'Outcome' des Bernischen Schulsystems nicht (mehr) zum Besten steht. Nicht zuletzt stehen die vergleichsweise hohen Bildungsausgaben des Kantons in einem Missverhältnis zur Leistungsfähigkeit des Systems. Zur Überprüfung und systematischen Evaluation des Schulsystems ist vermehrt Forschungskompetenz gefragt, sei es in Form einer Institution, die solche Studien auf kantonaler, nationaler oder internationaler Ebene durchführen kann[16], sei es in Form einer Institution, an der Bildungsforscherinnen und -forscher das erforderliche methodische Know-how erwerben können. Was das erstere anbelangt, so wird der Kanton Bern mit der Auflösung des verwaltungsinternen Amtes für Bildungsforschung per Ende 2002 über keine entsprechende Institution mehr verfügen.[17] Das IPSP ist prädestiniert, diese Aufgabe zu übernehmen, genauso wie die Ausbildung von Studierenden in Forschungsmethoden zu den genuinen Aufgaben eines universitären Pädagogikinstituts gehört.

---

[15] Vgl. die Literaturhinweise in Fussnote 10.

[16] Die PISA-Studien der OECD werden im Dreijahreszyklus fortgesetzt, wobei jeweils unterschiedliche Leistungsbereiche erfasst werden. Vgl. Lernen für das Leben. Erste Ergebnisse von PISA 2000. Paris: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 2001.

[17] Die TIMSS-Studie ist im Kanton Bern im wesentlichen von diesem Amt durchgeführt worden. Aus universitärer Sicht ist es fragwürdig, wenn solche Studien von einer Verwaltungsabteilung realisiert werden. Die Auflösung des Amtes für Bildungsforschung auf Ende 2002 ist daher zweifellos gerechtfertigt, nicht aber der Verlust der entsprechenden Forschungskompetenz!

b) Die Institutionen aller Ebenen des Berner Bildungssystems (Primar-, Sekundar-, Tertiär- und Quartärstufe) werden aufgrund der Verknappung der Mittel der öffentlichen Hand vermehrt nachweispflichtig, d.h. sie müssen ihre Qualität sichtbar und überprüfbar machen. Dabei verlieren traditionelle staatliche Organe der Qualitätskontrolle (wie Schulpflegen, Schulaufsicht, Inspektorate etc.) an Bedeutung und Legitimität. Sie werden durch *professionelle Kontrollinstanzen* ergänzt oder ersetzt. Die politische Kontrolle des Bildungssystems wird von Input- auf Output-Steuerung umgestellt (Stichwort: *new public management*, im Kanton Bern: NPM ERZ). Dabei wächst der Bedarf an Evaluationsinstrumenten und Evaluationskompetenz. Wiederum ist die universitäre Pädagogik der geeignete Ort, um das entsprechende Know-how im Rahmen von Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen bzw. das Personal auszubilden, das solche Dienstleistungen erbringen, d.h. Evaluationsinstrumente entwickeln, anwenden und auswerten kann.

3. Eine Stärkung der universitären Pädagogik ist auch aus Gründen der *Qualifizierung des Personals der PH* unabdingbar. Die PH wird weder über ein Promotions- noch über ein Habilitationsrecht verfügen.[18] Soll sie ihre Ausbildung auf wissenschaftlichem Niveau anbieten können, ist für Ausbildungsmöglichkeiten der PH-Dozierenden an der Universität zu sorgen. Sowohl im *fachwissenschaftlichen* wie im *erziehungswissenschaftlichen* Bereich wird eine PH im Vergleich zum bisherigen System der seminaristischen LLB ein *besser* qualifiziertes Personal benötigen.

Mit der Erweiterung des IPSP um zwei neue Abteilungen (Bildungssoziologie und Fachdidaktik), wie sie im Rahmen der "Angliederung" der LLB an die Universität erfolgt ist, kann die notwendige Ausbildung für Dozierende der PH im Bereich der wichtigsten erziehungswissenschaftlichen Disziplinen (Allgemeine Pädagogik, Pädagogische Psychologie, Bildungssoziologie, Fachdidaktik) garantiert werden. Was die Fachdidaktik anbelangt, so ist nochmals darauf hinzuweisen, dass die Schweiz diesbezüglich einen deutlichen Entwicklungsrückstand aufweist. Es wäre nicht zu verantworten, an einer PH Fachdidaktiken auf dem bisherigen seminaristischen Niveau anzubieten. Fachdidaktik ist an den Lehrerseminaren rein erfahrungsbasiert vermittelt worden. Eine *tertiarisierte* LLB, die nicht dafür besorgt wäre, dass auch die Fachdidaktiken *wissenschaftsbasiert* betrieben werden, müsste als Etikettenschwindel wahrgenommen werden. Die Ausbildung in wissenschaftlicher Fachdidaktik kann aber nur vom IPSP geleistet werden.

Schliesslich ist auf die Qualifizierung des Forschungspersonals hinzuweisen. Die national und kantonal zugänglichen Forschungsmittel dürften in naher Zukunft knapper werden, so dass eine PH, die ihrem Forschungsauftrag nachkommen will, auf Personal angewiesen ist, das sich im schärfer werdenden Kampf um die Verteilung von Drittmitteln zu behaupten weiss. Da wiederum gilt, dass die PH ihr Personal nicht selber ausbilden kann, ist ein universitäres Pädagogisches Institut mit einem starken Forschungspotential unabdingbar, damit das notwendige 'Humankapital' zur Verfügung gestellt werden kann.[19]

4. Die universitäre Pädagogik bildet des weiteren eine wichtige Option für *Weiterbildung und Karriere* von Lehrkräften. Bereits aktuell verfügen viele Studierende des IPSP über ein Lehrerpatent. Sie wollen sich nach einer Zeit der Berufserfahrung durch ein Pädagogikstudium weiterbilden. Das sollte in Zukunft nicht anders sein, eher sollten weitere gangbare Wege geschaffen werden, um den Lehrerberuf vom Sackgassenimage zu be-

---

[18] Vgl. Fussnote 3.

[19] Denkbar ist auch ein Forschungsinstitut, das von PH und IPSP gemeinsam getragen würde. Entsprechende Modelle bestehen in den Kantonen Fribourg, Waadt und Zürich.

freien. Die PH ist mit Passerellen auszustatten, die zur Universität führen und Anschlussmöglichkeiten für ein Pädagogikstudium oder das Studium eines anderen Faches bieten. Das sich immer mehr differenzierende Berufsfeld Schule bedarf der Weiterbildungsangebote, die sich nicht nur, aber auch an der Universität finden.

Die bevorstehende Umstellung der universitären Studiengänge vom Lizentiats- auf das BA/MA-System bietet Möglichkeiten, den bisherigen Studiengang Pädagogik zu differenzieren, so dass verschiedene, berufsfeldbezogene Bachelor- und Masterabschlüsse angeboten werden können. Wenn dem Lehrerberuf mehr Zukunftsperspektiven gegeben werden sollen, dann ist die Stärkung der universitären Pädagogik ein effizientes Mittel, um dieses Ziel zu erreichen.

5. Der schulische Unterricht wird sich durch den vermehrten Einsatz der *elektronischen Medien und Informationstechnologien* erheblich verändern. Der Umgang mit Wissen wird auch im obligatorischen Schulbereich neue Formen annehmen. Lernsoftware wird über das Internet verfügbar sein; die Nutzung von Datenbanken wird für das Lernen im Unterricht neue Herausforderungen schaffen. Von den Lehrkräften wird vermehrt erwartet, dass sie die neuen Technologien pädagogisch sinnvoll zu nutzen wissen. Es bedarf dringend einer pädagogisch und didaktisch orientierten Aufarbeitung und kritischen Begleitung der technologischen Entwicklungen.

Das IPSP baut im Rahmen der Realisierung seiner Anteile an der neuen LLB einen *Virtuellen Campus* (VC) auf. Ziel ist es, die Lehrveranstaltungen des IPSP in der LLB internetgestützt durchzuführen. Im Vollausbau werden jährlich acht Module zur Verfügung stehen (zwei pro Abteilung), die den Lehrerstudierenden Wahlmöglichkeiten bieten und ihnen – neben der Vermittlung erziehungswissenschaftlichen Wissens – eine elementare Einführung in den Gebrauch virtueller Lehrformen geben. Das Projekt wird mit entsprechender Forschungsarbeit begleitet und sollte – auch im Interesse der Bernischen Schulen – weitergeführt werden können. Es ist so angelegt, dass nicht nur für die Ausbildung der *Lehrkräfte aller Stufen*, sondern indirekt auch für die Schulen des Kantons Bern und – bei einer entsprechenden Erweiterung des Projektrahmens – für die Fortbildung der Lehrkräfte ein Gewinn abfallen wird.

Die Stärkung der EW ist zwar an kein bestimmtes Modell der LLB gebunden. Wirtschaftliche Erwägungen lassen es aber als wenig sinnvoll erscheinen, die EW zu stärken, ohne sie gleichzeitig für Ausbildungszwecke zu nutzen. Das IPSP übernimmt daher sinnvollerweise die erziehungswissenschaftlich-didaktische Ausbildung bzw. Teile davon für die Lehrkräfte der Sekundarstufe 1 und des Gymnasiums. Im Rahmen des VC können auch Ausbildungsteile kostengünstig für die übrigen Stufen übernommen werden (wie dies im Modell "Angliederung" bereits der Fall ist).

Bern, 20. Mai 2002

Prof. Dr. W. Herzog